



2003/41 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2003/41/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

Dem Flüchtling Komi Akalo aus Togo droht die Abschiebung, wie das Voice Refugee Forum Jena am 2. Oktober mitgeteilt hat. Akalo ist ein Mitglied des togolesischen Comité d'Action pour le Renouveau und floh wegen der politischen Zustände in seinem Heimatland 1994 nach Deutschland. Er engagierte sich im Voice Refugee Forum und in der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. In mehreren Zeitungsartikeln, die zum Teil auch in Togo veröffentlicht wurden, kritisierte er die Menschenrechtsverletzungen und das Regime dort. Nach dem togolesischen Pressegesetz droht jeder Person, die das Staatsoberhaupt beleidigt, eine Gefängnisstrafe von einem bis zu fünf Jahren Haft; eine Beleidigung des Premierministers, anderer Mitglieder der Regierung, von Verwaltungsbeamten oder Sicherheitskräften kann mit drei Jahren Haft bestraft werden. Dennoch lehnte nun das Verwaltungsgericht in Gera (Thüringen) den Asylantrag Akolos ab. Daraufhin kündigte ihm die Ausländerbehörde in Apolda die Abschiebung an. Der Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Freiberg (Sachsen) in der Nacht zum 18. Juli dieses Jahres ist aufgeklärt. Wie das Landeskriminalamt in Dresden am 30. September mitteilte, hätten zwei Jugendliche im Alter von 17 und 21 Jahren aus einer fremdenfeindlichen Einstellung Brandsätze gegen die Fenster des Wohnheimes geworfen. Zur Tatzeit wohnten dort 140 Erwachsene und Kinder. Gegen die beiden Jugendlichen wurden Haftbefehle wegen des Verdachts des versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung erlassen. Die Behörden im Landkreis Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) haben Schwierigkeiten, ein Gebäude für ein geplantes Asylbewerberheim zu finden. Nach den Bewohnern des Ortes Dabel hätten nun auch die Bürger im Parchimer Ortsteil Dargelütz die Einrichtung eines Asylbewerberheims abgelehnt, berichtete die Schweriner Volkszeitung am 29. September. Der Bürgermeister Bernd Rolly (SPD) sagte auf einer Versammlung: »170 Asylbewerber sind zu viel für einen Ort mit rund 150 Bewohnern.« Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 1. Oktober wachse im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg der Druck, Asylanträge schneller zu bearbeiten. Ein Mitarbeiter, der anonym bleiben wollte, hatte ein Schreiben des für die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen zuständigen Gruppenleiters Michael Kleinhans an die Öffentlichkeit gebracht. Kleinhans beklagte darin »niedrigere Erledigungszahlen« und »geringe Tageswerte« und forderte die Leiter der Außenstellen des Amtes auf, »auf eine schnelle Leistungssteigerung gegebenenfalls durch entsprechende Mengen- und Zeitvorgaben hinzuwirken«. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, vermutet, dass das Bundesinnenministerium Druck auf das Amt ausübe. So würden bei den Entscheidungen über die Abschiebungen nach Afghanistan »Standardablehnungen« verfasst, um die Menschen »abschiebereif« zu machen.

SW

© Jungle World Verlags GmbH